

Selbstständiger Antrag

An das
Präsidium des
Vorarlberger Landtages
Landhaus
6900 Bregenz

Beilage 92/2022

Bregenz, 5. Juli 2022

Alle pflegenden Berufsgruppen in die Pflegereform einbeziehen

Sehr geehrter Herr Präsident,

die geplante Pflegereform soll die Arbeitsbedingungen der in der Pflege Beschäftigten verbessern. Das ist angesichts der enormen Belastungen und Herausforderungen in diesem Bereich auch dringend notwendig. Unsere Fraktion erkennt in den konkreten Punkten dieser Reform zwar noch nicht den lange erwarteten „großen Wurf“, anerkennt aber, dass damit zumindest endlich Bewegung in das Pflegesystem kommt.

Allerdings wurden in der Planung dieser Reform mehrere wichtige Berufsgruppen „vergessen“, die zum integralen Bestandteil der Pflege gehören, aber rechtlich nicht der Gruppe der Pflegeberufe zugeordnet werden. Dazu zählen: Hebammen, 24-Stunden-Pflegekräfte, Heimhilfen und das Personal der medizinisch-technischen Dienste (MTD). Sie alle stemmen einen wesentlichen Teil der Pflege, werden bei den Neuerungen und Verbesserungen aber nicht berücksichtigt – etwa beim Gehaltsbonus.

Aus unserer Sicht stellt das eine grundlegende Fehlkonstruktion der Pflegereform dar und muss deshalb unbedingt korrigiert werden. All diese Berufsgruppen leisten enorm wichtige Arbeit für die gesamte Gesellschaft und das Pflegesystem und sollten in der Pflegereform berücksichtigt werden.

Die unterzeichnenden Abgeordneten stellen daher gemäß § 12 der Geschäftsordnung des Vorarlberger Landtages nachstehenden

A N T R A G :

Der Vorarlberger Landtag möge beschließen:

„Die Vorarlberger Landesregierung wird aufgefordert, sich bei der Bundesregierung dafür einzusetzen, dass Hebammen, 24-Stunden-Pflegekräfte, Heimhilfen und das Personal der medizinisch-technische Dienste (MTD) in die Pflegereform einbezogen werden.“

LAbg. Elke Zimmermann

LAbg. Manuela Auer

Der XXXI. Vorarlberger Landtag hat in seiner 9. Sitzung im Jahr 2022, am 16. November, den Selbstständigen Antrag, Beilage 92/2022, mit den Stimmen der VP-Fraktion und der Fraktion Die Grünen sowie des fraktionslosen Abg. Hopfner mehrheitlich abgelehnt (dafür: FPÖ, SPÖ und NEOS).

Hinweis: siehe auch Vorlage des Sozialpolitischen Ausschusses, Beilage 136/2022